

Ersteinst
Dienstag, Donnerstags und Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal:
durch die Post bezogen 1 Mk. 25 Pf. egl. Best.-Gebühr.
frei ins Haus 1 Mk. 50 Pf.
Abonnements werden von sämtlichen Post-Anstalten,
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Weltower

Inserate
werden in der Expedition:
Berlin W., Lützow-Strasse 87,
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus und den
Agenturen im Kreise angenommen.
Preis
der einfachen Zeile oder deren Raum 20 Pf.

Kreis-



Blatt.

Expedition: Berlin W., Lützow-Strasse 87.

Fernsprech-Anschluß: Amt VI, Nr. 671.

Nr. 18.

Berlin, Sonnabend, den 10. Februar 1894.

38. Jahrg.

Redaktion und Expedition befindet sich jetzt: Berlin W., Lützowstraße 87, 4. Haus von der Potsdamerstraße, gegenüber dem Elisabeth-Krankenhaus.

Abonnements

pro Februar und März

auf das „Weltower Kreisblatt“ zum Preise von 1 Mk. (inkl. Bestellgeld) werden von den Kaiserlichen Anstalten, den Briefträgern und unsern Expeditoren entgegen genommen.

Die Expedition.

Amthliches.

Berlin, den 6. Februar 1894.

Nachdem die Wählerlisten für die Wahlen zur Gemeinde-Vertretung während des Zeitraums vom 15. bis 30. Januar d. J. öffentlich ausgelegt haben, mache ich die Herren Gemeinde-Vorsteher in Verfolg meiner Verfügung vom 30. November 1893 — A. L. 4695 — darauf aufmerksam, daß nach § 53 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 im Monat März d. J. die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung der Gemeinde-Vertretung stattfinden haben.

Die Ergänzungswahlen sind unbeschadet der Vorschrift in § 51 der Landgemeinde-Ordnung von denselben Klassen vorzunehmen, von welchen der Ausschiedene gewählt war.

Vor der Bornahme der Ergänzungswahlen der Gemeinde-Verordneten hat aus jeder Klasse ein Drittel der Gemeinde-Verordneten auszuscheiden.

Ist die Zahl der Ausscheidenden nicht durch drei theilbar, so ist die Reihenfolge der Klassen, in welcher die Ausschiedung je eines der Uebrigbleibenden erfolgt, durch das Loos zu bestimmen.

Die das erste Mal Ausschiedenden werden für jede Klasse ebenfalls durch das Loos bestimmt. Soweit die Auslosung der Gemeinde-Verordneten für jede Klasse noch nicht stattgefunden, hat solche im Laufe des Monats Februar d. J. zu geschehen.

Die Ausschiedenden sind wieder wählbar. Bei den Ergänzungswahlen ist bezüglich der Wählbarkeit von Nichtangehörigen nach den Grundregeln des § 52 der Landgemeinde-Ordnung zu verfahren. (§ 54 der Landgemeinde-Ordnung.)

Die Wahlen der dritten Klasse erfolgen zuerst, die der ersten zuletzt und haben dieselben gemäß den Vorschriften der §§ 57, 59 bis 63 der Landgemeinde-Ordnung zu geschehen.

Formulare zu der Wahlverhandlung sowie die dazu gehörigen Anlagen werden den Herren Gemeinde-Vorstehern rechtzeitig übersandt werden. Sollten irgend welche Bedenken oder Zweifel wegen der Auslosung der Gemeinde-Verordneten aufkommen, so ersuche ich, sich persönlich während der Vormittagsstunden im Kreis-Ausschuß-Bureau, Zimmer Nr. 10 einzufinden.

Bis zum 8. April 1894 sind mir die Namen der sämtlichen Mitglieder der Gemeinde-Vertretung mitzutheilen.

In den nachstehend aufgeführten Gemeinden: Alexanderdorf, Brunsdorf, Crummensee, Dahendorf, Dahlwitz, Deutsch-Wusterhausen, Fahlhorst, Genshagen, Gröben, Groß-Seuthen, Groß-Klein, Jühndorf, Jütchen, Klein-Klein, Löwenbruch, Miersdorf, Müggelsheim, Nachst-Neuendorf, Neuendorf b. D., Neuhof, Nohis, Schulendorf b. R.-W., Schamerin, Spundorf b. Teltow, Spundorf b. D., Staafow, Teutow, Thynow, Wagmannsdorf, Wendisch-Wilmersdorf und Zeßen.

in denen noch Gemeinde-Versammlungen bestehen, bleibt für die Ausübung des Stimmrechts im Jahre 1894/95 die neu aufgestellte Liste der Gemeindeglieder und der sonstigen Stimmberechtigten (A.) maßgebend.

Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 6. Februar 1894.

3 1/2 procentige Weltower Kreis-Anleihecheine bezieht zum Kurse von 99 die Sparkasse des Kreises Teltow, Berlin W., Viktoriastraße 18.

Namens
des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow.
Stubenrauch, Landrath.

Berlin, den 7. Februar 1894.

Die Magistrats-, Kreis- und Gemeinde-Vorstände ersuche ich, mir spätestens bis zum 1. März d. J. anzugeben:

wiediel Personen mit einem Einkommen unter 900 Mark (zur Gemeindesteuer veranlagt) sich als Vorstehende, ernannte oder gewählte Mitglieder bzw. deren Stellvertreter in den Boreinschätzungs-Kommissionen befinden.

Eventuell ist Vacat-Anzeige einzureichen.
Der Vorsitzende der
Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission.
F r o m m e. Regierungs-Rath.

Personal-Chronik.

Es sind gewählt und als solche bestätigt und vereidigt worden:
Der Landwirth Fritz Lüdicke zum Stellvertretenden Schöffen der Gemeinde Lankwitz.
Der Arbeiter Hermann Noack aus Sehlendorf als Nachwächter der Gemeinde Sehlendorf.

Wichtiges.

Bundschau.

* Unser Kaiser hörte am Mittwoch Vormittag nach der mit der Kaiserin unternommenen Spazierfahrt die Vorträge des Chefs des Geheimen Civilcabinetts und des Ministers für Handel und Gewerbe. Um 12 1/2 Uhr hatte der Geheimere Commencienrath Krupp aus Essen die Ehre des Empfanges. An der Frühstückstafel nahm, außer den hier bereits weilenden Fürstlichkeiten, auch der in Berlin eingetroffene Fürst von Hohenzollern Theil. Im Laufe des Nachmittags unternahm Ihre Majestäten eine gemeinsame Spazierfahrt und besuchten während derselben das Atelier des Professors Anton von Werner. Die Abendtafel fand um 8 Uhr Abends statt; Einladungen zu derselben waren nicht ergangen. Am Donnerstag früh machten Ihre Majestäten eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Thiergarten und eine Promenade in demselben. Auf der Rückfahrt nahm der Kaiser in der Wohnung des Staatssekretärs Freiherrn von Marschall den Vortrag desselben entgegen. Ins Schloß zurückgekehrt, hörte Se. Majestät zunächst den Vortrag des Kriegsministers und arbeitete sodann längere Zeit mit dem Chef des Militär-Cabinetts. Abends um 6 Uhr wohnte Seine Majestät einem beim Offiziercorps der 4. Garderegiments z. F. stattfindenden Abschiedessen zu Ehren des früheren Kommandeurs, jetzigen Generalmajors Freiherrn von Gemmingen, bei. Am Freitag Morgen früh begab der Kaiser sich, aus Anlaß des 25jährigen Gedenktages seiner Einstellung als Offizier in das 1. Garderegiment zu Fuß, nach Potsdam, um an der Regimentsfeier und dem Diner des Offiziercorps im Regimentskaufe theilzunehmen.

— Der Kronprinz von Schweden ist am Mittwoch um 8 1/2 Uhr früh vom Stettiner Bahnhof nach Stockholm zurückgereist.

— Der deutsch-russische Handelsvertrag ist, einer Meldung der „Köln. Ztg.“ zufolge am Mittwoch im Auswärtigen Amte paraphirt worden. Die formelle Unterzeichnung findet am Sonnabend statt, und zwar seitens des Deutschen Reiches durch den Reichskanzler, Grafen von Caprivi, und den preussischen Gesandten in Hamburg, Freiherrn von Thielemann, seitens Russlands durch den Viskost Grafen Schadow und den ersten russischen Unterhändler Timiriawew. Der Vertrag wird alsdann sofort dem Bundesrathe übermittelt und mit dem Schlußprotokoll veröffentlicht werden. Heute Vormittag nahm Se. Majestät der Kaiser im Reichskanzlerpalais den letzten Vortrag über den Vertrag seitens des Reichskanzlers und des Staatssekretärs Freiherrn Marschall von Bieberstein entgegen.

— Die bereits angekündigte Plenarsitzung des Deutschen Handelstages findet am 21. Februar statt. Außer dem russischen Handelsvertrage steht die Währungsfrage auf der Tagesordnung. Auch der Zentralverein der deutschen Lederindustrie wird, um zu dem deutsch-russischen Handelsvertrage Stellung zu nehmen, am 10. Februar hier eine Ausschußsitzung halten. — Es hat sich ein Komitee von circa 200 namhaften Industriellen aus allen Theilen Deutschlands gebildet, welches beabsichtigt, in nächster Zeit eine Versammlung von Vertretern der gesammten deutschen Industrie- und Gewerbetätigkeit nach Berlin einzuberufen, um zu dem russischen Handelsvertrag Stellung zu nehmen. — Den Bericht über den russisch-deutschen Handelsvertrag werden in der auf den 27. d. nach Düsseldorf einberufenen Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen der Reichstagsabgeordnete Kommerzienrath Möller-Brackwede, der Landtagsabgeordnete Bued-Duisburg und der Landtagsabgeordnete Dr. Beumer-Hagen erlaten. — Wie aus Karlsruhe gemeldet wird, tritt der badische Handelstag

am nächsten Sonntag zur Berathung des russischen Handelsvertrages zusammen.

— Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ des Reichstages trat am Mittwoch zusammen, um den nachfolgenden, vom Abgeordneten von Kardorff gestellten Antrag zu beraten: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zur Vorlegung eines Reichsgesetzes aufzufordern, durch welches der Bundesrath ermächtigt und verpflichtet wird, bei der Einfuhr von Roggen, Weizen und Mehl in das deutsche Reich denjenigen Staaten gegenüber, welche Papierwährung mit Zwangskurs besitzen, beziehungsweise in welchen für Gold ein Aufgeld (Agio) gezahlt wird, Zollsuschläge zu erheben, welche dahin festgesetzt werden, daß zu dem Doppelter Roggen oder Weizen ein Zollsuschlag erhoben wird, bei einem bestehenden Disagio von mehr als 10 Prozent 1 Mark, von mehr als 20 Prozent 2 Mark unter entsprechender gleichzeitiger Normirung des Zollsuschlags auf die Einfuhr von Mehl nach dem Werthverhältnis zwischen Getreide und Mehl.“ Den Vorsitz führte an Stelle des abwesenden Herrn von Blöy Graf Mirbach. Die Versammlung war nur mäßig besucht, Zentrum und Nationalliberale waren nicht vertreten. Nach längerer Berathung wurde ein Unteranschluß eingefügt, um den Antrag schärfer zu formulieren. Er hat demnach den Antrag dahin abgeändert, daß als Zollsuschläge bei der Einfuhr von Roggen bei Disagio von mehr als 10 Prozent 1 Mark, bei Disagio von mehr als 20 Prozent 2 Mark erhoben werden sollen, bei Weizen und Mehl dagegen 2,50 Mark beziehungsweise 5 Mark.

— In Betreff der Ursprungszeugnisse für Waarensendungen nach ausländischen Staaten, für welche die Steuerbehörden 1,50 M. Stempelgebühr erheben, hat auf dagegen erhobene Beschwerde beim Reichskanzleramt kürzlich der preussische Finanzminister entschieden, daß der Stempel nur dann erhoben werden solle, wenn die betreffenden Sendungen nach dem Auslande mit Ursprungszeugnissen mindestens 150 M. Zoll weniger bezahlen, als wenn sie ohne ein solches in dem betreffenden Lande eingehen, vorausgesetzt, daß die betreffenden Behörden von den Beteiligten in den Stand gesetzt werden, die Höhe des Zollunterschiedes zuverlässig festzustellen.

— Die „National-Zeitung“ schreibt:

„Im Reichsschatzamt wird ein neuer Gesetzentwurf an Stelle des gegenwärtig vorliegenden Weinsteuerprojektes ausgearbeitet. Derselbe bezweckt, die Flaschenweine beim Verkauf von einer gewissen Werthgrenze an zu beuern. Diese Grenze steht noch nicht fest; doch wird sie so bemessen werden, daß der geringe Wein ganz frei bleibt und der gewöhnliche Konsument sowohl als der Winger verschont wird. Die Steuer wird je nach dem Werth progressiv sein. Außerdem wird die Besteuerung der Schaum- und Kunstweine aufrecht erhalten werden. Dieser neue Vorschlag berührt sich mit Anregungen von verschiedener Seite, namentlich aus der nationalliberalen Partei und dem Centrum, welche bei der ersten Berathung der Weinsteuervorlage zum Ausdruck gelangten. Dem Weinsteuerprojekt würde damit vollständig der Charakter einer Luxussteuer verliehen und der Widerspruch gegen diesen ganzen Besteuerungs-vorschlag würde voraussichtlich erheblich abgeschwächt werden. Auch die finanziellen Ergebnisse dieses beschränkten Projektes wird keineswegs ganz gering zu veranschlagen sein.“

Die „Nordd. Allg.-Ztg.“ kann bestätigen, daß im Reichsschatzamt der Versuch gemacht wird, einen Entwurf im vorstehenden Sinne auszuarbeiten.

— Aus Hamburger Schiffahrtskreisen ist dem Senat von Hamburg ein Schreiben zugegangen, aus welchem folgender Theil hervorzuhellen ist:

„Durch das ebenso energische wie taktvolle Eingreifen des Vizekonsuls S. M. S. „Arcona“ und „Alexandria“ im Hafen von Rio de Janeiro ist der deutsche Schiffahrtsverkehr vor den schweren Folgen der Revolution in jenem Lande nicht nur bewahrt geblieben, sondern durch die ihm gewährleistete Sicherheit des Laders und Lösen von Gütern unter Oberaufsicht von Marinemannschaften und ungestörter Bewegungsfähigkeit der Schiffe im Stande gewesen, sich vor den Schiffen anderer Nationen in vortheilhaftem Vorzug zu thun, daß von Seiten der Verloader und Empfänger von Waaren in Brasilien die Benutzung deutscher Dampfer in erster Linie gefordert und zur Bedingung gemacht worden ist. Abgesehen von den pekuniären Vorteilen, die uns wie anderen deutschen Rhebern durch dieses Eingreifen der kaiserlichen Marinebehörden entstanden — und abgesehen von den Verlusten, die uns dadurch erspart geblieben

sind — erfüllt es uns mit patriotischem Stolz, die deutsche Flagge in solcher Weise von fremden Völkern anerkannt und bevorzugt zu sehen, und halten wir es für unsere angenehme Pflicht, dem Herrn Reichskanzler, sowie der kaiserlichen Marinebehörde unseren tiefgefühlten Dank auszusprechen.“

— In Wien fanden am Mittwoch zwei von Sozialdemokraten einberufene Versammlungen Arbeitsloser statt. Die eine derselben verlief ruhig, die andere wurde wegen der Ausfälle eines Redners gegen die derzeitige Gesellschaft von der Behörde aufgelöst.

— Die nach Paris einberufene Sanitäts-Konferenz ist daselbst am Mittwoch Vormittag im Ministerium des Auswärtigen zusammengetreten. Ministerpräsident Casimir-Perier hielt eine Ansprache, in welcher er die fremden Delegirten begrüßte und denselben versicherte, daß sie in Frankreich herzlich willkommen finden würden. Der Ministerpräsident betonte die Bedeutung der schon abgeschlossenen Konventionen und die Wichtigkeit der Arbeiten der gegenwärtigen Konferenz. Auf die Ansprache des Ministerpräsidenten erwiderte der österreichische Delegirte Graf von Kuffstein; er beuglichwünschte die französische Regierung dazu, die Initiative zu der Einberufung der Konferenz ergriffen zu haben, und gab der Genugthuung der österreichischen Regierung, an der Konferenz theilzunehmen, Ausdruck. Schließlich sprach er die Hoffnung aus, daß die Versammlung einen neuen Fortschritt bringen werde. Hierauf schritt man zur Bildung des Bureaus. Barrère wurde zum Präsidenten gewählt. Man einigte sich dahin, daß die Berathungen geheim gehalten werden. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, den 14. d. Mts., statt. Sämtliche Mitglieder waren zum Frühstück bei Casimir-Perier geladen. Am folgenden Morgen wurden die Theilnehmer an der Konferenz vom Präsidenten Carnot empfangen und mit einer Ansprache begrüßt.

— Die Pariser Blätter beschäftigen sich alle mit der Hinrichtung Baillants. Die meisten billigen, daß Carnot den Verbrecher nicht begnadigt hat, natürlich mit Ausnahme der sozialistischen Presse, die Carnot scharf mitnimmt. Einige Blätter halten es auch für zeitgemäß, ihren Feiern mit der Meinung verschiedener Anarchisten aufzuwarten, die zu verstehen geben, daß Baillant nicht ungerächt bleiben werde. Der bekannte Anarchist und Adokat Sebastian Faure, den Baillant zu seinem Testamentsvollstrecker wählte und dem er seine Tochter zur Erziehung anvertraute, erklärte dem Berichterstatter eines Morgenblattes gegenüber, wenn man Baillant begnadigt hätte, so hätten die Dynamitanschläge sicherlich nicht aufgehört; aber die Hinrichtung sei eine offene Herausforderung zur sofortigen Rache. Faure fügte hinzu, er und viele andere Genossen hätten der Hinrichtung beigewohnt; als der Karren mit der Leiche bei ihnen vorbeigekommen sei, hätten sie gerufen: „Soch die Menschheit, heiliger Mutter!“ Die Polizei ist für alle Fälle auf ihrer Hut, um zu verhindern, daß diese seltsamen Heiligen neue Beweise von ihrer Verehrung der Menschheit geben.

— In der Sitzung der französischen Deputirtenkammer vom Donnerstag interpellirte der Sozialdemokrat Faberet über die Schließung der Arbeiterbörse, die er ungesetlich fand und eine Herausforderung der Arbeiter nannte. Der Deputirte Derville versichert, die Sozialisten wollten die Gesellschaft ungesetlich, nicht aber sie abschaffen. — Der Deputirte Michelin hat den Antrag eingebracht, den 1. Mai gesetzlich als nationalen Feiertag festzusetzen. — Der Anarchist Bilisse, welcher bei Gelegenheit der Russenfeier mit einem Revolver auf die Menge schoß, wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurtheilt.

— Die Prinzessin Marie Louise, Mutter des neugeborenen Prinzen Boris von Tinnow, leidet an Fieber mit wechselnder Temperatur. Die Fiebererscheinungen entsprechen jenen, welche sich häufig nach Entbindungen einstellen, und geben vorläufig keinen Anlaß zu Besorgnissen.

— Die Genesung des Kaisers von Rußland macht gute Fortschritte. Er ist bereits seit mehreren Tagen außerhalb des Bettes und arbeitet im Lehnstuhl sitzend. Der seiner Zeit abbestellte Hofball ist für Ende nächster Woche in Aussicht genommen. Allerdings dürfte der Kaiser, dem Wunsch der Ärzte entsprechend, ihm noch fernbleiben. Professor Sacharin behielt auch im Anichkoff-Palais seine in ganz Rußland be-